

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe am Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 20, durch unsere Mitglieder getragen in der Stadt monatlich 10, auf dem Lande 20, durch die Post bezogen vierwöchentlich 20 mit Befreiungsbefreiung. Alle Postkonten und Postkarten sowie unsere Mitglieder und Geschäftsleute können jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgang des Bezugspreises.



Erscheint seit dem Jahre 1841

Interaktionspreis 20, für die 6 gefüllten Korpuszelle oder deren Raum, Resten, die 2 gefüllte Korpuszelle 20. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gefüllte Korpuszelle 20. Nachverlangungs-Gebühr 20. Anzeigenannahme die vormittags 10 Uhr. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Aufträge übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abbestellungsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rössig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 88.

Dienstag / Mittwoch 31. Juli / 1. August 1923

## Ämtlicher Teil.

### Bekanntmachung.

Im Zusammenhange mit der eintretenden Biersteuererhöhung sind Bierhändler und Wirte verpflichtet, die Biervorräte, die sie am 1. August 1923 im Besitz haben, nachzuversteuern und zu diesem Zweck bis zum 6. August 1923 dem Zollamt des Bezirks anzumelden, soweit die Vorräte mehr als 2 hl betragen.

Den Wirten sind gleichzuachten Konsumvereine usw.

Die Nichtanmeldung hat Bestrafung zur Folge.

Die Zollämter erteilen nähere Auskunft und geben auf Antrag Anmeldeformulare ab.

Dresden, am 27. Juli 1923 2777 Landesfinanzamt.

### Bekanntmachung

Über die Höhe des ersten Teilbetrages der Brotverorgungsabgabe.

Für den ersten Teilbetrag der Brotverorgungsabgabe, der am 1. August 1923 fällig wird, ist das Zehnfache des endgültig festgesetzten Betrages der Zwangsanleihe maßgebend.

Der Reichsminister der Finanzen. 2778 gez. Dr. Hermes. Das Finanzamt. Rössen, am 26. Juli 1923. Nr. 1479 A. 1.

### Öffentliche Aufforderung.

Infolge Abänderung des Gewerbesteuergesetzes macht es sich notwendig, daß die Steuerpflichtigen zu der von ihnen für 1923 bereits eingereichten bez. der nunmehr einzureichenden Gewerbesteuererklärung

spätestens bis zum 15. August 1923

nach folgende Angaben dem Finanzamt mitzuteilen:

Welcher Betrag an Gehältern und Löhnen ist im Kalenderjahre 1922 oder bei besonderen, vom Kalenderjahre abweichenden Betriebsjahren in diesem Kalenderjahre endenden Betriebsjahre vorausgibt worden? Die Angaben sind getrennt nach den in bar gewährten Vergütungen (einschließlich Lantien, Gratifikationen, Provisionen) und den Naturalleistungen zu machen. Hinsichtlich der Naturalleistungen ist die Zahl der Empfänger und die Art und Menge der Leistungen mit anzugeben. A. r. 1493 A. 1.

Rössen, am 27. Juli 1923. Das Finanzamt.

### Butterkarten-Ausgabe

am Mittwoch, den 1. August im Verwaltungsgebäude, Einwohnermeldeamt.

Um eine geregelte Belieferung mit Butter aus der Molkerei herbeizuführen, werden an Haushaltungen Karten ausgegeben. Selbstverfolger sind hiervon ausgeschlossen.

Die zur Belieferung kommenden Nummern, sowie die Verkaufszeiten werden wöchentlich an den Anschlagtafeln veröffentlicht. Die Abholung hat bei Verlust der Belieferung unbedingt in der festgesetzten Zeit zu geschehen.

Wilsdruff, am 30. Juli 1923. Der Stadtrat.

Brauner Hund, ohne Steuermarken, zugekauft. Gegen Erstattung der Futterkosten, des Funderlohnes usw. abzuholen beim Hausmeister Puppe.

Wilsdruff, am 30. Juli 1923. 2780 Der Stadtrat.

Die Obstruktion der Gemeinde Sachsdorf soll Sonnabend, den 4. August nachmittags 5 Uhr im hiesigen Gasthose gegen Barzahlung an den Meistbietenden vergeben werden.

Sachsdorf, am 30. Juli 1923. 2781 Leuschner, Gemeindevorstand.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die Reichsregierung hat über eine Anzahl neuer Steuern Entwurf beschlossen und erwägt weitere Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage.

Die Ernährungslage wird trotz der augenblicklichen Nahrungsmittelknappheit in den Großstädten vom Ernährungsministerium durchaus zureichend beurteilt.

Der bekannte englische Politiker Keynes tritt für eine Restregelung der Reparationsfrage auf Grund einer deutschen Gesamtverpflichtung von 50 Milliarden Goldmark und für die Räumung des Ruhrgebietes ein.

Das französische Kriegsgericht in Werden hat abermals drei Deutsche zum Tode verurteilt.

Bei den Wahlen zum Delegiertentag der deutschen Metallarbeiter erhielten die Mehrheitssozialisten etwa 1/2, die Kommunisten 1/3 der Mandate.

### „In höchster Not!“

Von besonderer, auf gemäßigt politischem Boden stehender Seite wird uns geschrieben:

Unter dieser Überschrift bringt das Berliner Zentrumsorgan, die Germania, einen Leitartikel, der in politischen Kreisen ganz außerordentliches Aufsehen erregt hat. Denn er wendet sich mit ungewöhnlicher Schärfe gegen das Kabinett Cuno, scharfer vielleicht, als das in den letzten Tagen in demokratischen und sozialdemokratischen Blättern zu lesen war.

Es herrscht Neunte-November-Stimmung. — Das ist der Ausgangspunkt der Darlegungen: Verzweiflung, Unzufriedenheit, ja Wut über die gegenwärtigen Zustände, und das alles balle sich zu den beständigen Vorwürfen gegen die Regierung zusammen. Die Luft sei mit Elektrizität geladen: ein Funke genüge, und die Explosion sei da.

Dabei hätte die Regierung Cuno ein Vertrauen gewonnen wie keine ihrer Vorgängerinnen, aber dieses Vertrauen habe sie sich durch Untertätigkeiten und verfehlte Maßnahmen restlos verschert. Sie tue nichts, stehe still. Sie habe die Dauer des Ruhrkampfes und unsere außenpolitischen Aussichten überschätzt. Ihr größter Fehler sei, sich eben nicht als ehrbarer Kaufmann gezeitigt zu haben, indem sie riesige Ausgaben ohne jede Deckung machte. Und zu allem ließ sie sich drängen, häufig war es zu spät, was sie tat. Außenpolitisch wie innenpolitisch. Und die deutsche Industrie, auf die sie sich zu stützen hoffte, habe diese „Regierung der wirtschaftlichen Köpfe“ im Stich gelassen. Sie warte und harre auf das „große Wunder“. Überall werde der Ruf laut nach einem Diktator mit unbeschränkter Vollmacht, der vor allem rücksichtslos die Verwaltung des Ruhrkampfes durchführe. Oder nach einem Wohlfahrtsausschuß, der mit dieser Aufgabe zu betrauen sei.

Was man nach allen diesen Ausführungen annehmen sollte, wird aber nicht gefordert: die Demissionierung Cunos.

Im Stande gewisse Kreise des Zentrums vom Beginn seiner Kanzlertätigkeit an mit nicht gerade großer Sympathie gegenüber, und schon vor Monatsfrist erfolgten auf ihn sehr heftige Angriffe, die auf seinen baldigen Rücktritt abzielten, und den Reichsfinanzminister Hermes als den kommenden „starken Mann“ bezeichneten, der werde „das Steuer herumwerfen“.

Man kann trotz allem, was man mit Recht oder Unrecht dem Reichskanzler Cuno vorwirft — und schließlich haben doch alle Parteien des Reichstages ihm und seiner Politik ihr Vertrauen ausgesprochen, ohne das er sich ja verfassungsgemäß auch nicht einen Tag länger halten könnte — an Unterlassungen und Verfehlungen vorwirft, dem nur zustimmen, daß wir uns jetzt, da die Dinge außenpolitisch auf des Messers Schneide stehen, den Luxus eines Kanzler- bzw. Regierungswechsels einfach nicht leisten können. Das Ausland sieht nur das Äußere des Geschehens und würde daraus keine Folgerungen ziehen. Es würde das als eine „politische Katastrophe“ betrachten, die uns das Ruhrgebiet kosten kann. Vielleicht sogar noch mehr, die innerpolitischen Folgen, die Gefahren für die Einheit Deutschlands wären unabsehbar. Auch der sozialdemokratische Vorwärt ist der Ansicht, daß wir langwierige, ausweglos stehende Regierungskrisen nicht ertragen können, und daß daher, wenn man schon die Regierung Cuno befeitigen wolle, man sie am nächsten Tage durch ein anderes Kabinett ersetzen müsse, das „vom ehrlichen Vertrauen breiter Volksmassen gestützt“ sei.

Das überlege man sich aber dreimal, vor allem, wie ein solches Ministerium im Ausland wirkt? Denn das ist das Entscheidende. Eine Lösung des Reparationsproblems kann von sich aus keine deutsche Regierung finden, und wäre sie kommunistisch. Sondern diese Lösung herbeizuführen, ist Aufgabe des Auslandes, vor allem der anglo-amerikanischen Welt, der Stellen zur Seite steht. Will man eine Diktatur, will man etwa eine neue Regierung, dann stelle man diese, nur diese Frage: Was denkt das Ausland darüber? Damit wir nicht das Überleben innenpolitischer Spannungen und Gegensätze erleben, in einem Augenblick, da die außenpolitische Entscheidung sehr bald fallen muß.

Das deutsche Volk hat so unendlich viel getragen, mehr, wie irgend ein anderes Volk der Welt und der Geschichte. Unfassbar schwer ist die Gegenwart. Doch das Schicksal stellt an uns die Forderung, noch mehr zu tragen. Können wir es wirklich nicht?

### Regierungserklärung zur Ernährungslage

Gute Ernteausichten.

In der Bevölkerung ist, vor allem in den großen Städten, die Erregung über die augenblickliche Knappheit an Kartoffeln und Fetten aller Art auf einen bedenklich hohen Grad gestiegen. Daher wird jetzt vom Reichsernährungsministerium darauf hingewiesen, daß ein Grund zu ernstlicher Besorgnis nicht vorhanden ist. In jedem Jahre ist um diese Zeit eine gewisse

Knappheit auf dem Lebensmittelmarkt zu beobachten, die diesmal wegen der um 4 bis 6 Wochen verzögerten Frühkartoffelernte besonders schlimm ausfällt.

Abgesehen von diesem augenblicklichen Nostium, ist jedoch die Gesamtlage der deutschen Volksernährung durchaus beruhigend.

In etwa 8 bis 14 Tagen wird die Frühkartoffelernte soweit im Gange sein, daß auch die großstädtischen Märkte wieder regelmäßig beliefert werden können. In bezug auf die Fettversorgung hat das Ernährungsministerium bei der Reichsbank die Vereinfachung der nötigen Devisen für die Margarinefabrikation zur Einfuhr der nötigen Rohstoffe veranlaßt. Die Getreideernte scheint außerordentlich gut zu werden, auch bei den Kartoffeln ist der Stand im allgemeinen günstig.

Die Brotversorgung ist völlig gesichert.

Irgendwelche Befürchtungen in dieser Hinsicht sind durchaus ungerichtet. Auch die Futtermittelerteute hat sehr befriedigende Ergebnisse, so daß mit einer Hebung des Viehstandes zu rechnen ist. In der nächsten Woche werden außerdem im Ernährungsministerium Besprechungen mit der Landwirtschaft wegen der Versorgung der Großstädte mit Frühkartoffeln stattfinden. Angesichts dieser durchaus günstigen Gesamtlage der Nahrungsmittelversorgung muß unter allen Umständen darauf hingewiesen werden, daß die Bevölkerung in der augenblicklichen Notlage nicht die ruhige Besonnenheit verliert, da jede Störung durch innere Unruhen natürlich keine Verbesserung, sondern nur eine Erschwerung der weiteren Versorgung bedeutet.

Der Reichskanzler an die Landwirte.

Reichskanzler Dr. Cuno hat an die Führer der Landwirtschaft folgendes Telegramm gerichtet:

Die Städte sind infolge der Verpflanzung der Ernte von Kartoffeln entblüht, auch sonst wachsen die Ernährungsschwierigkeiten der großen Verbrauchergruppen. Ich richte daher an die deutsche Landwirtschaft den dringenden Aufruf, alle Kräfte anzubannen, um die Erträge insbesondere der Frühkartoffelernte möglichst umgehend dem Verbrauch zuzuführen und die Lage in den Städten zu erleichtern.

Der Reichskanzler und der Reichsernährungsminister werden in den nächsten Tagen auch mündlich mit der Landwirtschaft wegen Behebung der Ernährungsschwierigkeiten erneut ins Benehmen treten.

### Neue Steuergesetze.

Beschlüsse des Reichskabinetts.

Die Reichsregierung beriet auf Grund der Vorarbeiten der Ministerien und der Vorbesprechungen, die in den letzten Wochen beim Reichskanzler stattgefunden haben, über die Maßnahmen, die angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage zu ergreifen sind. Verabschiedet wurde der Entwurf des Gesetzes über die Erhebung eines Opfers für Rhein und Ruhr, eines Ge-